

Emanzipative soziale Bewegungen in Deutschland

These 1: Soziale Bewegungen sind zunächst offen für linke und rechte, emanzipatorische oder konservative Entwicklungen und reflektieren gesellschaftliche Konfliktlinien vor allem in Umbruchphasen.

Sie entstehen in spezifischen historischen Kontexten gesellschaftlicher Umbruchphasen und verlieren ihre Dynamik mit erfolgreicher Stabilisierung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Ihre Entstehungsgeschichte, Wirken und Aufhebung vollzieht sich entlang gesellschaftlicher Bruchlinien in zyklischen Prozessen ständiger Selbstveränderung. Soziale Bewegungen sind mobilisierende kollektive Akteure, die mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgen, sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Soziale Bewegungen sind einerseits selbst Ausdruck sozialen Wandels als auch ihr Motor, Begleiter oder Retardeur und können in diesem Sinne emanzipativ, konservativ oder reaktionär sein.

Zum Ausgang des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert prägten liberale, demokratische, nationale, religiöse Bewegungen, völkisch-konservative Bewegungen, die Arbeiterbewegung, die Friedensbewegung, Jugend- und Lebensreformbewegungen das Bild sozialer Bewegungen in Deutschland und anderen Ländern Europas. Sie reflektierten die vier zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien: die Herausbildung von Nationalstaaten und die damit entstehenden neuen Konflikte zwischen nationalen Zentren und Peripherie (1), zwischen Staat und Kirche um politische und kulturelle Hegemonie (2), die sozioökonomischen Konflikte zwischen städtisch-handwerklichen und ländlich-agrarischen Interessen (3) und Arbeitern und Unternehmern bzw. Kapital und Arbeit (4). Die größte Protest- und Emanzipationsbewegung in dieser Zeit war die Arbeiterbewegung. Sie formulierte den Anspruch, mit der Durchsetzung ihrer Interessen die Interessen aller zu vertreten, indem sie eine Gesellschaftsform anstrebt, bei der die Befreiung des Einzelnen die Voraussetzung für die Befreiung aller ist und in der *„jeder nach seinen Fähigkeiten“* tätig sein und *„jedem nach seinen Bedürfnissen“* der produzierte Reichtum offen stehen solle. Erreicht werden sollte dieses Ziel über revolutionäre Kämpfe – über Reformen oder Revolutionen - unter der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Zur klassischen Arbeiterbewegung in Deutschland gehörten vor allem die Gewerkschaften, gesellschaftliche Zusammenschlüsse wie Bildungs-, Sport- und Gesangsvereine, Naturfreunde, soziale Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt und der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und schließlich Genossenschaften, die vorrangig der Versorgung der Arbeiter mit Nahrungsmitteln, Wohnungen u.ä. dienten. Sie war als soziale und kulturelle Kraft der entscheidende Motor zur Durchsetzung von sozialen Reformen, der Verkürzung von Arbeitszeit etc. Ihr Verhältnis zu anderen Bewegungen war einerseits geprägt durch das Selbstverständnis ihrer historischen Mission: der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats und andererseits vom Selbstverständnis sozialer, bürgerlicher Bewegungen zur Durchsetzung politischer und bürgerlicher Rechte wie Wahlrecht, Presse- und Meinungsfreiheit etc. Insbesondere zur Friedensbewegung war ihr Verhältnis widersprüchlich, obwohl der Gedanke von Gerechtigkeit und einer globalen

friedlichen Rechtsordnung, eines Friedensvölkerrechts dem 'objektives Interesse' der Arbeiterklasse entsprach. Während die Theoretiker der Arbeiterbewegung die Ursachen von Krieg und Gewalt analysierten und propagierten, war die Haltung von großen Teilen der Arbeiterbewegung vor und während des Ersten Weltkriegs, durch Anfälligkeit für nationalistische Politik, für Korporatismus und Faschismus, für einen 'Burgfriedensschluss' zwischen Kapital und Arbeit im Interesse der Kriegsführung geprägt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der Zerschlagung des Faschismus veränderte sich in widersprüchlichen Prozessen ihr Verhältnis zu Faschismus, Nationalismus und Krieg.

These 2: Die Auflösung fordristisch geprägter Produktions- und Lebensweisen führt zur Ausprägung neuer politisch-kultureller Konflikte in deren Kontext sich neue soziale Bewegungen herausbilden. Ihr Selbstverständnis als soziale und kulturell gesellschaftsverändernde Kraft und ihr Verhältnis zu traditionellen Bewegungen bestimmt ihre politische Handlungsfähigkeit.

Mit dem Übergang von fordristischer zu postfordristischer Gesellschaft und unter den Bedingungen eines in Deutschland patriarchalisch geprägten, funktionierenden Sozialstaates verändern sich Produktions- und Lebensweisen: Quer zur sozioökonomischen Konfliktlinie bildete sich Ende der 70er Jahre eine neue politisch-kulturelle Konfliktlinie heraus: libertäre und autoritäre Wertesysteme. Unmittelbarer Ausdruck dieser Linie waren die Studentenproteste der 60er Jahre, die auch in Deutschland zu einer explosiven Ausbreitung neuer sozialer Bewegungen seit den 70er Jahren führte, deren soziale Trägerschaft der Mittelstand prägte. Es entstanden: Ökologie- und Umweltschutzbewegung, Dritte-Welt- und Antifa-Gruppen, Bürgerinitiativen und alternative Lebensprojekte. Die Themen reichten von Hochschulpolitik, Geschlechterverhältnisse, Umweltschutz und Ökologie, Frieden und Sicherheit, Anti-Atomkraft, internationale Solidarität und vieles mehr.¹ Sie waren stark ideologisiert, aber nicht mehr auf der Grundlage in sich geschlossener Weltbilder und rangen gleichermaßen um die Durchsetzung einzelner politischer Forderungen wie um kulturelle Alternativen zur bestehenden Gesellschaft, zur Veränderung ihrer dominanten kulturellen Codes.² Sie sind gekennzeichnet durch thematische Vielfalt, geringe organisatorische Strukturen, hohe Variabilität in den Aktionsformen, Autonomie und Unabhängigkeit vom Staat. Das Verhältnis zwischen den sozialen Bewegungen produzierte mit einer neuen Qualität des Zusammendenkens unterschiedlicher gesellschaftlicher Konflikt- und Bruchlinien neue Politik- und Handlungsansätze. Die neue Symbiose von politischen Forderungen und politischer Kultur prägte die neue Friedensbewegung in Deutschland als Bewegung an der unmittelbaren Grenze der beiden gesellschaftlichen Systeme. Sie vor allem konnte, die existenzielle Bedrohung durch des Friedens durch die Blockkonfrontation reflektierend, mit der Aufnahme der Traditionen, Kampf- und Protestformen der Arbeiterbewegung und der neuen sozialen Bewegungen den Raum für zumindest zeitweise gemeinsamen Protest und Aktionen schaffen. So standen die Ostermärsche in der Tradition der Arbeiter- und Jugendbewegung und wandelten sich zum Schmelztiegel einer Richtung der bundesdeutschen „Neuen Linken“, welche sich die Protestformen der alten Linken und des Pazifismus kreativ aneignete.³ Wichtige Akteure in der Friedensbewegung waren auch die

¹ Vgl. Sebastian Haunss (2005) Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen. In: Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (2005): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen, S. 27

² a.a.O. S. 37

³ Holger Nehring (2003): Die Anti-Atom-Proteste in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Zur Entwicklung der Ostermarschbewegung 1957 – 1964. In: Von der APO zu ATTAC: Politischer Protest im Wandel. Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftskritik. Heft 4, S. 27

Grünen; ihr Aufstieg fiel mit den Höhepunkten der Friedensbewegung in den 80er Jahren zusammen.

Unter diesen politisch und kulturell veränderten Bedingungen für Protest und öffentliche Artikulation vertraten auch zunehmend Organisationen von Migranten und Flüchtlingen öffentlich ihre Interessen und verweisen auf die Lagen von Migranten in Deutschland. So organisierten sich in den 70er Jahren bundesweit Migrantenorganisationen in sogenannten Kindergeldkomitees gegen die Kürzung von Kindergeld und forderten ein Ende der Diskriminierung am Arbeitsplatz, im Erziehungs- und Bildungssystem sowie bei der Wohnungsvergabe. Sie fordern gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer. Ab dem Sommer 1974 führte diese Organisation zu Demonstrationen in verschiedenen Städten und dann im November zu einer bundesweiten Demonstration in Frankfurt. Vor allem seit den 80er Jahren haben sich zahlreiche Organisationen gegründet, die sich für die Rechte von Migranten und Flüchtlingen einsetzen. So konstituierte sich 1985 mit der Arbeitsgemeinschaft „Pro Asyl“ eine Organisation, zu der Vertreter des Kommissariat der Deutschen Bischöfe, des Deutschen Roten Kreuz, Amnesty International, Terre des Hommes, der UNO-Flüchtlingshilfe in Deutschland, der IG Metall, des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Gesellschaft für bedrohte Völker und die Arbeiterwohlfahrt gehören, in der alte und neue Bewegungen miteinander arbeiten. Der 1998 gegründete Ausländerbeirat vertritt als Dachorganisation von 13 Landesverbänden und 450 kommunalen Beiräten die Interessen von Migranten und Flüchtlingen. Zu seinen Zielen gehört u.a. ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer, die Abschaffung des Ausländerzentralregisters, der Migranten zu gläsernen Menschen macht und mit dem Grundgesetz und Datenschutz nicht vereinbar ist und in den letzten beiden Jahren die Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie in deutsches Recht.

These 3: Der flexible, auf neue Weise globalisierte Kapitalismus formiert sich als neoliberales, hegemoniales Projekt und umfasst alle Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Die sich als Gegenmacht entwickelnden sozialen Bewegungen müssen sich deshalb mit der neoliberalen Aufnahme, Integration und Umdeutung ihrer Forderungen im globalisierten Kontext auseinandersetzen.

Die Herausbildung eines flexiblen, auf neue Weise globalisierten Kapitalismus und vor allem die Ausprägung neoliberaler Hegemonie in den 90er Jahren verändert die klassischen als auch „neuen“ sozialen Bewegungen. Gestützt auf ein Produktionsparadigma der Freisetzung der Potentiale entfesselter Märkte, hat die neoliberale Hegemonie als soziales und kulturell verankertes Projekt sich die kulturellen Umbrüche seit den 60er Jahren zu eigen gemacht, grundlegende Forderungen der sozialen Bewegungen aufgegriffen und in den neoliberalen Diskurs integriert, sie in ihrer Bedeutung verändert und ihres zum Teil radikalen gesellschaftskritischen Inhalts beraubt. So führt die Aufnahme grundlegender Forderungen der Frauenbewegungen, wie formale Gleichstellung, unterstützende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie u.a. über Flexibilisierung der Arbeitszeiten, bis hin zum Gender-Mainstreaming und Gender-Budget – die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen, zur Veränderung der Wirkungsmöglichkeiten dieser Bewegungen. Analog der Ökologie- und Bürgerrechtsbewegung agieren auch sie an den Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft, Staats- und Verwaltungshandeln und sind einem Prozess der Institutionalisierung unterworfen, der sie als Teil des gesellschaftlichen Systems integriert. Die sich in NGO's organisierenden Bewegungen stehen vor dem Problem, dass einerseits ihre innovativen Potentiale genutzt, ihr Norm- und Wertesystem zunehmend staatlich und gesellschaftlich anerkannt und zumindest scheinbar übernommen wird und ihr Platz in der Gesellschaft zu recht hohe moralische Anerkennung erfährt. Damit aber werden ihre radikalen

gesellschaftskritischen Potentiale zu grundlegender Veränderung von Gesellschaft nachrangig. Mit der Pervertierung ihrer Forderungen wie Biodiversität als kommerzielles Gut, Ökologie als Teil der Marketingstrategie in der Politik wie bei McDonald, der Diskurs um nachhaltige Entwicklung wird zur ökologischen Dimension des „Standorts Deutschland“ wird das Problem der Bearbeitung einzelner Issues wieder neu ins Bewusstsein gerückt. Die in den 80er und 90er Jahren z.T. ausgeblendeten Zusammenhänge von ökologischen Voraussetzungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens stehen auch in Folge der Globalisierungsdiskussion zu Umweltproblematik und globalen Machtverhältnissen erneut auf der Tagesordnung.

These 4: Widerstand gegen neoliberale Politik heißt zunächst die Verteidigung sozialer und politischer Rechte, die Verteidigung der Grundnahrungsmittel gesellschaftlichen Lebens über nationale Grenzen hinaus. Für die sozialen Bewegungen in Deutschland und Europa bedeutet dies die Europäisierung und Internationalisierung ihres Protestes gegen Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, gegen den Abbau sozialer und politischer Rechte.

In Europa vollzieht sich, vermittelt über ein politisches Mehrebenensystem auf der Grundlage eines gemeinsamen Binnenmarktes die Europäisierung wesentlicher Politikfelder. Mit der Strategie von Lissabon: „Europa zum dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu entwickeln, wird die Durchsetzung europaweiter neoliberaler Reformen beschleunigt. Konzepte des gesellschaftlichen Umbaus zugunsten eines „aktivierenden“ Sozialstaates mit „aktivierender“ Beschäftigungspolitik werden in den meisten europäischen Ländern wie Frankreich, Belgien, Dänemark, Irland, den Niederlanden über entsprechende Beschäftigungsprogramme realisiert: Was für Deutschland das „Jobaktivgesetz“ als Vorläufer der Hartz-Gesetze war, war für Frankreich der „Plan zur Rückkehr in Arbeit“ (Plan d' aide au retour à l'emploi).

Dazu gehört als ein weiterer wesentlicher und prägender Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge über Rentenreform und Reform des Gesundheitswesens. Die Rentenreformen Anfang der 90er Jahre in Griechenland mit der Herabsetzung des Rentensatzes von 80 % auf 60% und Erhöhung des Rentenalters von 60 auf 65 vollziehen sich analog in Deutschland, Frankreich, Italien. Die Reform der Gesundheitsvorsorge wird verknüpft mit der Schaffung eines europäischen Gesundheitsmarktes. Ab 2006 soll europaweit der soziale Schutz: Rentenreformen, Gesundheitsversorgung und Altenpflege zusammengefasst und entsprechend dem Diktat neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik gestaltet werden. Entsprechend kennzeichnet die „sozialpolitische Agenda 2007 – 2013“ die einzuschlagende Richtung: Verlängerung des Arbeitslebens, Modernisierung der Sozialschutzsysteme, Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten, Gewährleistung von Flexibilität und Sicherheit, Arbeit lohnenswert machen, usw. Komplementär dazu beinhaltet der Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie (so genannte Bolkestein-Richtlinie⁴) die Abschaffung staatlicher Vorschriften zur Regulierung aller – auch sozialer Dienstleistungen bis 2010 mit der Folge, direkt in die Gesundheitssysteme und die sozialen Dienste sowie Versorgungssysteme der europäischen Länder einzugreifen.

Der Widerstand gegen neoliberale Politik wächst in Europa. 2003 und 2004 durchzogen Streikwellen Frankreich, Österreich, Italien, Deutschland. Millionen streikten 2003 in

⁴ Die Richtlinie wurde nach dem sie entwerfenden EU-Kommissar Fritz Bolkestein benannt. Ziel dieser Richtlinie ist die vollständige Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes für Dienstleistungen bis 2010, einschließlich von Gesundheitsdienstleistungen. Ihr strategischer Kern ist das Herkunftsprinzip, d.h. der Dienstleistungserbringer ist lediglich den Rechtsvorschriften des Landes der Niederlassung verpflichtet.

Frankreich und Italien gegen die Kürzung der Renten. Spanische Werft- und Automobilbauer streikten gegen die Schließung der Werften und Fabriken. Aber nicht nur seitens der Arbeiter formiert sich Protest. Die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge entwickelt sich zum Kampffeld alter und neuer Bewegungen, getragen von jenen, die als Beschäftigte unmittelbar betroffen sind, als auch von jenen, denen der Zugang zu öffentlichen Gütern zunehmend verwehrt wird, wie partiell auch von jenen, die bereits ausgeschlossen sind. 40.000 Beschäftigte forderten in Griechenland 2005 landesweit den Stopp von Privatisierungen öffentlich-rechtlicher Unternehmen. In den Niederlanden legten Ärzte und Schwestern 2005 gegen Reformen im Gesundheitswesen die Arbeit nieder. Millionen Menschen meldeten sich 2005 in ganz Europa gegen die europäische Verfassung, gegen die Festschreibung neoliberaler Politik zu Wort. Das französische „Non“ und kurz darauf das „Nein“ der Niederländer wurden zu einem internationalen vielstimmigen linken „Nein“. Es war ein gemeinsamer europäischer Protest einer pluralen europäischen Linken, der die sonst wirksame „Ungleichzeitigkeit“ und die Unverbundenheit sozialer Bewegungen und Proteste alter und neuer sozialer Bewegungen erstmals erfolgreich überwinden konnte.

Seit November 2002 entwickeln sich neben den Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden, sozialen Bewegungen die europäischen und regionalen Sozialforen zu eigenständigen, selbstbewussten Akteuren. In der Tradition der Weltsozialforen von Porto Alegre werden aus europäischer Sicht die Herausforderungen der Globalisierung diskutiert, die Folgen neoliberaler Politik analysiert und die politische, soziale und wirtschaftliche Verantwortung Europas eingefordert. Eine andere Welt, die möglich ist, braucht ein anderes Europa. Deshalb versammelten sich auf den europäischen Sozialforen in Florenz 2002, Paris 2003 und London 2004 Vertreter aus über 150 Ländern mit insgesamt über 200.000 Teilnehmern auf der Suche nach alternativen Wegen europäischer Entwicklung. Dort beschlossene europäische Aktionstage richten sich gegen eine Militarisierung Europas, gegen die europaweite Politik des Sozialabbaus für ein friedliches, demokratisches, soziales Europa. 120.000 Menschen, darunter zahlreiche Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Vertreter linker Parteien nahmen am 19. März 2005 am europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau und gegen die Durchsetzung der Dienstleistungsrichtlinie Bolkestein in Brüssel teil.

These 5: Die Europäisierung neoliberaler Strategien und deren konkrete Umsetzung in den einzelnen Ländern befördert den nationalen und europäischen Widerstand. Auch in Deutschland wird die neoliberale Hegemonie brüchig.

Die Anwendung der europäischen neoliberalen Strategie von Lissabon auf die Verhältnisse in Deutschland, fand ihren konzentrierten Ausdruck in der von der Sozialdemokratie formulierten „Agenda 2010“. Mit der darin verankerten Politik des Sozialabbaus, der Deregulierung, der Privatisierung öffentlicher Güter und der Daseinsvorsorge wird der seit den 50er Jahren etablierte Sozialstaatskompromiss nicht nur hinsichtlich seines Inhalts, sondern gleichermaßen als demokratisches Instrument zur Aushandlung der Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit in Frage gestellt. Parallel hierzu verliert die christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik im bürgerlichen Lager als integratives Randthema fast vollständig ihre Bedeutung, so dass die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie im neoliberalen Bündnis konzeptionell und realpolitisch neoliberale Politik durchsetzen und verteidigen: Wachstum schaffe Arbeit, Reformen sichern den aktivierenden Sozialstaat.

Dennoch bleibt es auch 2005 bei ca. 5 Millionen Arbeitslosen. Auch deshalb trauen 67 % der Deutschen keiner Partei mehr zu, die Probleme des Landes zu lösen.⁵ Wachsende

⁵ Steffen Twardowski (2005). Kein Konzept, keine Alternative – keine Stimme. Neues Deutschland vom 30.08.2005

Wahlverweigerung prägte die Wahlen auf Bundes- und Landesebene Ende der 1990er Jahre. Der sich formierende Protest konnte seit 1989 weitgehend durch die PDS links gebunden werden und verhinderte die Entwicklung einer rechten sozialen Bewegung in Deutschland im Unterschied zu Frankreich oder Italien. Die Sozialdemokratie verlor seit 2002 in fast allen Bundesländern die Mehrheit. Nur noch 44 % ihrer Anhänger waren vor den letzten Bundestagswahlen davon überzeugt, dass ihre eigene Partei für soziale Gerechtigkeit eintritt, folgerichtig verlor die Sozialdemokratie auch bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 die Mehrheit. Knapp eine Million SPD-Wähler gaben ihre Stimme der sich neu formierenden Linkspartei, die mit 8,7 % als gesamtdeutsches linkes Projekt in den Bundestag einzieht. D.h. der soziale Protest hat sich politisch nach links orientiert, eine Orientierung, die jedoch in sich fragil und bisher nicht auf Dauer gestellt ist, so wie sich das neue parteipolitische Projekt als ein linkes Projekt wird beweisen müssen.

Zugleich entwickeln sich im Umfeld der globalisierungskritischen Bewegung Netzwerke von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen von Flüchtlingen, Migranten, deren Kampf für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte auf einem antiimperialistischen und antirassistischen Selbstverständnis basiert. Sie fordern das Bleiberecht für Flüchtlinge, soziale und politische Partizipationsrechte. Organisationen wie: „Kein Mensch ist illegal“, „Kanak-Attac, Karawane, Respect Bargeld fordern neben einem auch sozial abgesicherten Bleiberecht, Bargeld statt Gutscheine und Chipkarten, Wohnungen statt Wohnheime, medizinische Betreuung und setzen sich in eigenständigen Projekten und Kampagnen, wie die Kampagne gegen Frauenhandel oder die spezifische Situation von AU-PAIRS mit den Arbeitsbedingungen von Migrantinnen z.B. in privaten Haushalten und in der Reinigungsindustrie auseinander.

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen spiegeln bisher nur zaghafte Entwicklungen des sozialen Protestes gegen die Durchsetzung der aktivierenden Arbeitsmarktgesetze, (Hartz-Gesetze) – als Kern der „Agenda 2010“. Zwischen November 2003 und Oktober 2004 entstand eine der bedeutendsten Protestbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Den Auftakt bildete die Demonstration gegen Sozialabbau am 1. November 2003 in Berlin mit mehr als 100.000 Menschen, obwohl die Gewerkschaftsspitzen diese Demonstration ablehnten.⁶ Mehr als eine halbe Million Menschen ging am 3. April 2004, dem europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau, gegen die rot-grüne Agenda auf die Straße. Ab August 2004 wuchs Woche für Woche die Zahl der sich selbst organisierenden „Montagsdemonstrationen“⁷ in den ostdeutschen Bundesländern gegen die Arbeitsmarktreformen. Betroffene, Nichtorganisierte waren es zunächst, die ihre Wut auf Flugblätter schrieben, verteilten und mit selbstgefertigten Plakaten spontan auf die Straße gingen. Im Herbst 2004 fanden diese Demonstrationen mit mehr als 100.000 Teilnehmern in über 150 Städten, vor allem im Osten Deutschlands statt, dort, wo die Wirkungen der Hartzgesetze auf die Folgen der Deindustrialisierung seit 1990 *und* auf die sich gleichzeitig vollziehende Umgestaltung und Flexibilisierung der Arbeit und Dezentralisierung großer Unternehmen seit 1990 treffen. Bewusst wurde an Formen und Begriffe des Protestes angeknüpft, die 1989 die transformatorische Wende einleiteten und die mit einem nun neuem Selbstverständnis verbunden sind: Betroffene als eigenständige, souveräne Akteure, unabhängig von ihrer politischen oder gesellschaftlichen Bindung. 87 % der Protestierenden hatte jemand in Familie oder Bekanntenkreis, der von den Arbeitsmarktreformen betroffen war; mindestens 40 % war selbst betroffen. Es waren vor allem Arbeiter und Angestellte,

⁶ Peter Wahl, Pedram Shahyar (2005) *Bewegung in der Bewegung?*, S. 39

⁷ Diese selbst organisierten Demonstrationen leiteten 1989 in der DDR die transformatorische Wende ein.

mehr Männer als Frauen, vorwiegend zwischen 45 und 64, ein Großteil von ihnen in hochqualifizierten Berufen tätig oder tätig gewesen.⁸

Die Spitzen der Gewerkschaften standen diesen Protesten ambivalent gegenüber: einerseits entsprach der Protest auch gewerkschaftlicher Kritik, andererseits hemmte die Nähe zur Sozialdemokratie aktiven Protest⁹. Der Dachverband der Gewerkschaften in Deutschland (DGB) rief deshalb nicht zur Unterstützung der Proteste auf, sondern überließ die Entscheidung zur Teilnahme an den Protesten den einzelnen Mitgliedsorganisationen und Gliederungen, die sich mit unterschiedlichem Gewicht beteiligten, letztlich aber das erfolglose Abflauen dieser Protestwelle Ende 2004 mit bewirkten.

Insgesamt war es während der Proteste gegen die Hartz-Gesetze nicht gelungen, Hartz IV als Armuts- und Erpressungsprogramm, um Löhne zu drücken und Belegschaften einzuschüchtern, als Türöffner für einen gesamten gesellschaftlichen Umbau darzustellen und qualifizierte Gegenvorschläge auf den Tisch zu legen und sie kreativ in die Öffentlichkeit zu bringen. Nach der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 gab es kaum noch wahrnehmbare Proteste. Die dennoch bleibende Unzufriedenheit wurde erst wieder mit den Wahlergebnissen bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (NRW) und den vorgezogenen Bundestagswahlen Jahr 2005 deutlich. In NRW verlor die Sozialdemokratie 50.000 Stimmen an die neu gegründete, gegen neoliberale Politik, und vor allem gegen die Hartz-Gesetze protestierende linke Partei „Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit“ (WASG), eine Million frühere SPD-Wähler gaben bei den Bundestagswahlen ihre Stimmen der Linkspartei.

These 6: Mit der Entwicklung der Sozialforen kann in Anknüpfung der Erfahrungen früherer gesellschaftlicher Bündnisse und Allianzen auch in Deutschland der Raum für neue gesellschaftliche Bündnisse in Deutschland geschaffen werden

Sie neuen sozialen Bewegungen müssen – wenn sie emanzipativ sein wollen – den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten um individuelle und gesellschaftliche Emanzipation der 60er Jahre ebenso aufgreifen wie die Erfahrungen mit der ökologischen und alternativen Modernisierungspolitik der 70er Jahre. Zugleich sind die Erfahrungen der Friedensbewegung insbesondere auch seit den 50er Jahren bis hin zur pazifistischen Bewegung der 80er Jahre, ihr scheinbares Scheitern im Kampf gegen die Militarisierung der BRD 1955, gegen den Nato-Doppelbeschluss 1982, gegen die Neutronenwaffen, gegen den Irak-Krieg am 15.2.2003 zu verarbeiten sowie ihre Integrationskraft für alte und neue soziale Bewegungen neu zu bestimmen. Dazu ist es auch sinnvoll, die Erfahrungen gesellschaftlicher, thematisch zusammenfassender Diskurse wie im konziliaren Prozesses „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ aufzunehmen. Die Frage ist, wie ein solcher Prozess, an dem sich über ein Jahrzehnt alle christlichen Konfessionen und Traditionen beteiligt haben, unter gegenwärtigen Bedingungen neu führen lässt, ob er im Rahmen oder Umfeld des Sozialforums konstruktiv aufgegriffen werden kann auch angesichts der unübersehbaren Kommerzialisierung der Kirchentage. Wo lassen sich Anätze auch für die in Deutschland etablierte NGO's finden, deren Projekte zunehmend in Frage gestellt oder mit internationaler Unverbindlichkeit wie der Folgekonferenz von Rio konterkariert werden. Lässt sich die Verarbeitung und Reduzierung des ehemals politischen Anspruchs zur „kulturelle Identität“ bis zu seiner Unkenntlichkeit neu beleben? Kann virtuelle Raum gesellschaftsreflektierender Debatten in der Mehrzahl der NGO's in Deutschland um den realen Raum

⁸ Dieter Rucht, Mundo Yang (2004) Pressepapier Hartz IV vom 21.09.2004

⁹ Michael Sommer, Vorsitzender des DGB, begründete dies mit der großen Nähe von Gewerkschaften und Sozialdemokratie – siehe hierzu: Michael Sommer 2004 im Film: „Die neue Wut“. Siehe: www.neueWut.de

gesellschaftskritischer Diskurse und realer sozialer Proteste auf Straßen und Plätzen erweitert werden, auch um das vorhandene Wissen und Kompetenzen in diese neuen Diskurse einspeisen? Und wie vor allem lässt sich ein kontinuierlicher Diskurs zwischen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften entwickeln?

Zu den Vorläufern der Sozialforen gehören auch die Protestaktionen der inzwischen auch zwanzigjährige globalisierungskritische Bewegung, deren Protestaktionen in Deutschland 1985 mit Demonstrationen gegen den G7-Gipfel von rund 30.000 Demonstranten in Bonn begann und drei Jahre später im September 1988 in Berlin mit 80.000 gegen die Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sich fortsetzte und sich auch in Deutschland am Kampf gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) beteiligte. Letztlich bewirkte das Scheitern des MAI vor dem Hintergrund der Asienkrise in Frankreich die Gründung von ATTAC. In Deutschland trafen sich 1999 die ökumenische Initiative KAIROS Europa, die christliche Friedensbewegung Pax Christi und die NGO's wie WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung zur Vorbereitung der Gründung eines globalisierungskritischen Netzwerkes in Deutschland. Ein Jahr später tagte erstmalig ein „Netzwerk zur Demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“ – eine der Geburtsstunden von ATTAC Deutschland.

Nach den Erfolgen der Weltsozialforen seit 2001 und den europäischen Sozialforen 2002 in Florenz, 2003 in Paris und 2004 in London entwickelte sich dieser Prozess auch in Deutschland. Mehr als 35 regionale und lokale Foren gründeten sich in den letzten zwei Jahren, erstmals fand im Sommer 2005 ein nationales Sozialforum statt. Ca. 200 Organisationen führten ca. 300 Veranstaltungen durch; insgesamt beteiligten sich am Forum ca. 5.000 Teilnehmer. Angesichts der relativen Schwäche der sozialen Bewegungen in Deutschland ist jedoch nicht die Quantität entscheidend, sondern die Tatsache, dass es überhaupt stattfand und sich maßgebliche Organisationen, wie die IG Metall, der Deutsche Gewerkschaftsbund Thüringen, die Gewerkschaft des Öffentlichen Sektors (verdi), ATTAC, Brot für die Welt und andere kirchliche Gemeinschaften an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten. Erstmals war es möglich, dass sich eine solche Breite sozialer Bewegungen, Verbänden, kirchliche Organisationen, Gewerkschaften in einem selbstgeschaffenen Raum zusammenfanden. Dazu musste zunächst in einer komplizierten Phase der Vorbereitung die Bedeutung und Besonderheit eines solchen Forums, seine Chancen und Möglichkeiten, seine Anbindung an bisherige Arbeits- und Vernetzungsstrukturen geklärt werden.

Mit der Notwendigkeit dieser Foren auf internationaler und europäischer und lokaler Ebene stellte sich nicht zwangsläufig die Notwendigkeit für die nationale Ebene. Denn je mehr das Sozialforum an die Realität der Menschen herangebracht wird, desto stärker kann es sich im bestehenden gesellschaftlichen und politischen Leben verankern, so dass sich die Frage nach dem Gebrauchswert des Forums über bestehende Bündnisarbeit, Kongresse, Sommerakademien etc. hinaus stellt. Was heißt es, wenn ein Forum sich selbst organisiert, sich vor allem als Raum versteht und was bedeutet es, die Charta von Porto Alegre in Deutschland, unter den Bedingungen des Wahlkampfes und eines sich neu formierenden linken Projekts anzuwenden? Bei der Beantwortung dieser Fragen ging es um die Vermittlung des Forumsgedanken gegenüber jenen, die bisher diesen Prozessen fern standen: es geht um die Konstituierung eines *Raumes*; Beschlüsse werden nicht gefasst und niemand kann im Namen des Forums sprechen. Und es ging um die Verteidigung eines hochpolitischen Diskursraumes unter den Bedingungen und Aushandlungsprozessen sozialer und politischer Akteure in Deutschland. Erstmals entwickelte sich unter dieser Prämisse ein Diskussionszusammenhang zwischen Erwerbslosen-Initiativen und Gewerkschaften,

Jugendlichen, Studenten und Frauenbewegungen, MigranInnen, Umweltschützer, zivilgesellschaftliche Initiativen, die es in dieser Form bisher nicht gab.

Die Angebote des Forums waren nach fünf thematischen Schwerpunkten gebildet worden: 1. Arbeit und Menschenwürde, 2. Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt, 3. Menschenrechte und politische Teilhabe, 4. eine lebenswerte Welt – anders leben, 5. EU-Europa: In welcher Verfassung sollte es sein. Darüber hinaus gab es einen Frauenraum. Der Streit um die neue, andere Welt wurde verbunden mit den Fragen von Mindestlohn, Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung und der konkreten Ausgestaltung dieser Forderungen. Die Erklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen wurde von den Teilnehmern auf dem Forum selbst erarbeitet. Darin wird ein grundsätzlicher Wandel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gefordert, eine Grundsicherung für alle, weltweit friedliche statt militärische Konfliktlösung und der Ausstieg aus der Atomenergie. Die Bedeutung dieser Erklärung liegt jedoch vor allem in den konkreten Vorschlägen für die weitere gemeinsame Praxis.

Dennoch bleiben offene Fragen: Warum war es nicht möglich, das Umfeld des Sozialforums und die Bevölkerung der Stadt Erfurt stärker in das Forum einzubinden? Warum war es nicht möglich, die Abschlussdemonstration zu einem der Höhepunkte des Forums zu entwickeln? Warum waren wichtige Themen nur marginal vorhanden, wie das Thema Migration? Warum fehlten wichtige Akteure, wie z.B. die autonome Linke oder beteiligten sich nur mit minimalem Angebot wie die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)?

Es war ein guter Anfang, der jedoch auch die relative Schwäche der sozialen Bewegungen in Deutschland im Unterschied zu Italien oder Frankreich deutlich machte.

These 7: Die grundsätzliche Schwäche der sozialen Bewegungen in Deutschland muss - trotz aller Bemühungen um ein neues Verhältnis zueinander - im verbleibenden Nebeneinander der Akteure gesehen werden und der bisher fehlenden gesellschaftlich wirksamen Gegenstrategien.

Es wächst zwar die durchschnittliche Zahl der am Protest beteiligten Organisationen und Gruppen, aber diese Tendenz ist nicht mit einer Ausweitung protestierender Bevölkerungsteile verbunden. Ob die Protestwelle gegen die Hartzgesetze Ausnahme oder der zaghafte Beginn einer neuen Tendenz ist, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig wirkt außer Attac – zumindest in der Öffentlichkeit wahrnehmbar – kaum eine basisdemokratische Organisationen in die Mehrheitsgesellschaft hinein, obwohl das Interesse an internationalen Prozessen und Fragen nach alternativer Gestaltung von Gesellschaft wächst.¹⁰ Es wächst das Interesse an theoretischen Reflektionen, an Seminaren und Workshops, am persönlichen Austausch wie sie auf der Sommerakademie von Attac und der Jahrestagung des BUKO angeboten und genutzt werden. Und es wächst das Bedürfnis nach mehr Freiraum und Selbstbestimmung, was das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit einschließt. Wie lassen sich nun unter diesen Bedingungen weitere Potentiale sozialer Bewegungen für Herausbildung einer Formation gegen neoliberale Politik in Deutschland erschließen?

Noch sind die sozialen Träger der Forumsprozesse überwiegend Bewegungen der Mittelstandsklasse. Erst wenn es gelingt, das Forum auch zum attraktiven Ort, der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der Nichtorganisierten wie der Protestierenden gegen die Hartz-Gesetze zu machen, erst wenn es zum Raum der gesamten Breite der sozialen und

¹⁰ Der letzte Kongress der Bundeskoordination für Internationalismus erfährt nun nach seiner Hochphase Ende der 70iger/Anfang der 80er Jahre wieder regen Zuspruch. (siehe ...

politischen Linken: einem Mitte-Unten-Bündnis wird, kann das Forums tatsächlich Optionen für gesellschaftlich mehrheitsfähige alternative Projekt öffnen. Welches aber sind die notwendigen Bedingungen dafür, dass der Montagsdemonstrant und der Streikende gegen die Schließung einer Bosch-Niederlassung in Niedersachsen in den Sozialforen auch seinen Ort für Protest, Vernetzung und für die Suche nach Wegen zu einer gerechteren Gesellschaft sieht und das Thema: Arbeit in Würde selbst besetzt? Das Spektrum der Betroffenheit durch soziale Konflikte und sozial orientierte Werthaltungen ist breit.¹¹ Wie aber führt Betroffenheit zum Handeln, zum selbst aktiv werden? 40 % in Deutschland erklären ihre Bereitschaft zu persönlichem Handeln, wenn Erfolgsaussichten dieses Handelns erkennbar sind. Zu den begünstigenden Faktoren gehören außerdem die durch Alltagserfahrung und Werte gestützten Interessen, die gemeinsame Situationsdeutung in Wechselwirkung mit der öffentlichen Meinung, die Legitimierung des Handelns. Das setzt voraus, die Individualisierung von Leidenserfahrung aufzubrechen und die Vision einer anderen, gerechteren Gesellschaft zu verknüpfen mit konkret erfahrbaren Verbesserungen des eigenen Lebens und das wachsende Verständnis über das Wirken sich gegenseitig bedingender globaler, europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Konflikte.

Gerade auch die Analysen und das Wissen um die Wechselbeziehungen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Ebenen und Akteurskonstellationen, ihrer Eigenlogik sind Voraussetzungen sowohl für linke – auch systemübergreifende - Kritik als auch für die Bündelung von Protest und die Konzipierung von Alternativen. In diesem Sinne haben sich in Deutschland vor allem ATTAC, BUKO in den vergangenen Jahren als systemkritische Aufklärer von globalen Prozessen im 21. Jahrhundert verstanden und engagiert. Und dort, wo die Vernetzung mit Akteuren verschiedener gesellschaftlicher, auch politischer Ebenen möglich war, waren sie gleichermaßen diskurs- und handlungsfähig. So war auf dem Erfurter Sozialforum das Problem der Privatisierung des Wassers sowohl Thema der Allianz der Bürgerinitiativen in Erfurt selbst, Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen der Landtage u.a. in Thüringen und Berlin – hier vor dem Hintergrund der Privatisierung der Wasserbetriebe unter Regierungsbeteiligung der Linken, als auch Gegenstand globaler Prozesse der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge insbesondere Lateinamerikas, mit der Darstellung eines Lösungsansatzes am Beispiel Uruguays. Das heißt der Diskurs muss an bisherige Diskussionsprozesse, an vorhandene Strukturen, Arbeitsergebnisse und an – wie auch immer gestaltete Erfahrungen der Akteure anknüpfen, muss sie auf neue Weise vernetzen, europäisieren bzw. internationalisieren, ohne ihre lokalen, regionalen Wurzeln zu vernachlässigen. Nur scheint zunächst die Attraktivität von Reform oder gar Revolution auf anderen Kontinenten attraktiver - die Utopie verliert sich nicht im alltäglich Notwendigen und Mühseligen - ein Problem, vor dem auch ATTAC in Deutschland steht.

These 8: Entscheidend für die Formierung eines neuen gesellschaftlichen Blocks gegen neoliberale Politik ist Gewerkschaftliche Ablösung von der Sozialdemokratie – als Voraussetzung neuer Allianzen

In Deutschland gibt es seit 1945 eine Arbeitsteilung zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie durch eine besondere Ausgestaltung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit in Form der Sozialpartnerschaft und dem dualen System von betrieblichen Arbeitsbeziehungen und Tarifbeziehungen. Während die Aufgaben der Gewerkschaften in ihrer Schutzfunktion (Arbeits- u. Lebensbedingungen), der Verteilungsfunktion (Anpassung der Löhne und Gehälter an Produktivität und Wachstum) und Partizipationsfunktion

¹¹ Chrapa, Michael/Dellheim, Judith (2003): Akteure. In: Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung, S. 279.

(Mitbestimmung bis zur Montan- bzw. Paritätischen Mitbestimmung) besteht, ist es Aufgabe der Betriebsräte, gebunden an ihre „Friedenspflicht“ in den Unternehmen, alle innerbetrieblichen Angelegenheiten im Interesse der Arbeitnehmer möglichst im Konsens zu klären. Kern der Sozialpartnerschaft war die Tarifautonomie, d.h. der Staat mischt sich nicht in die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen. Hier können die Gewerkschaften bei unzureichenden Ergebnissen die auf die klassischen Kampfmittel, insbesondere der Arbeitsniederlegung zurückgreifen. Dieses Kampfmittel darf jedoch in Deutschland nicht aus politischen Gründen in Anspruch genommen werden. D.h. Gewerkschaften können sich zwar an Demonstrationen gegen neoliberale Reformen beteiligen, dürfen hierzu aber nicht zum Streik aufrufen: politische Streiks sind in Deutschland verboten. Als politischer Ansprechpartner der Gewerkschaften verstand sich bisher die Sozialdemokratie. Ihre Politik stand – wurde zumindest so wahrgenommen - bis Anfang der 80er Jahre für die Wahrnehmung und Verteidigung der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Dieses Verständnis von „Arbeitsteilung“ verbunden mit dem entsprechenden Selbstverständnis der Gewerkschaften als mehrheitlich der Sozialdemokratie nahestehend, verhinderte in der Vergangenheit zum einen das Abdriften der SPD nach rechts und zugleich die Zuspitzung und Politisierung gewerkschaftlicher Kämpfe und Auseinandersetzungen bis hin zur Tabuisierung von Systemkritik, Macht- und Eigentumsfragen. Zugleich verstärkten die europäisierten Bedingungen der Arbeit, die Folgen der Globalisierung den Druck auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften. Das Problem der Konkurrenz sowohl innerhalb also auch zwischen den nationalen Arbeitnehmergruppen stellte sich in neuer, weit verschärfter Form. So hat sich unter dem Druck der Standortkonkurrenz eine neue Form des “Concession Bargaining“ herausgebildet, bei der die Arbeitnehmerseite im Rahmen betrieblicher Standort- und Wettbewerbspakte im Austausch für eine relative Beschäftigungssicherheit mehr oder weniger weitreichende Zugeständnisse bei Löhnen, betrieblichen Sozialleistungen, Arbeitszeiten und andere Arbeitsorganisatorischen Dingen macht nicht selten überbetriebliche Solidaritäten aufkündigt. Die damit verbundene Schwächung der Gewerkschaften führte letztlich in den 90er Jahren endgültig zum Stillstand von Verhandlungen zur kollektiven Arbeitszeitverkürzung mit Einkommensausgleich. Stattdessen wurden in vielen Unternehmen befristete Arbeitszeitverkürzungen – auch in Gestalt flexibler Arbeitszeiten in Verbindung mit Einkommensenkungen vereinbart, um Entlassungen zu vermeiden. Im Gegenzug erhielten die Beschäftigten Beschäftigungsgarantien. Die Gewerkschaften konnten dieser Entwicklung nur begegnen, in dem ihre Tarifpolitik den Betrieben vielfältige Optionen offen ließ, Umfang und Lage der Arbeitszeit zu variieren. Die Regelungskompetenz wird auf diese Weise auf die betriebliche Ebene verlagert, d.h. Verbetrieblichung der Tarifpolitik oder Verbetrieblichung der industriellen Beziehungen.

Mit der Durchsetzung insbesondere der Arbeitsmarktgesetze unter Regierungsverantwortung der Sozialdemokratie stehen auch die Gewerkschaften vor der Frage, eine Partei, die mit Einrichtung von so genannten “Ein-Euro-Jobs” (1,50 Euro pro Stunde) de facto die Tarifbestimmungen aushebelt, tatsächlich noch Arbeitnehmerinteressen vertritt. Dies vor allem war der Grund für die Teilnahme von zahlreichen Einzelgewerkschaften an den sozialen Protesten gegen diese Arbeitsmarktreform. Auf den Montagsdemonstrationen traf man sich: Gewerkschafter, Vertreter von sozialen Bewegungen, Verbänden, linken Parteien: PDS und WASG (Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit). Es ging dabei nicht nur um Abwehrkämpfe, sondern es wurden zentrale Forderungen erhoben wie: Mindestlohn, Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung und die Neuordnung des Steuersystems. Zunehmend wird auch das Problem der Prekarisierung von Arbeit, die Ausweitung von Armut mit Arbeit ggf. Vollbeschäftigung Gegenstand gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen.

These 9: Gesellschaftliche Bündnisse gegen neoliberale Politik müssen eine neue Parlamentarismuskritik und ein konstruktives Verhältnis zu linken Parteien entwickeln, so wie linke Parteien ihrerseits die gesellschaftsverändernden Potentiale nur gemeinsam mit sozialen Bewegungen wirksam werden können.

Emanzipative soziale Bewegungen, sind Bewegungen, deren Wirken auf Selbstermächtigung zu mehr Freiheit und Gerechtigkeit gerichtet sind. Zu ihrem Selbstverständnis gehört, dass sie ihre Interessen außerhalb des parteipolitischen Systems artikulieren, deren Akteuren der Zugang zum institutionalisierten System der Macht versperrt ist. Sie entstehen und verorten sich entlang neuer gesellschaftlicher Bruch- und Konfliktlinien und greifen auf Protestformen zurück, die sich jenseits der Kanäle institutionalisierter Politik abspielen¹². Das galt für Bewegungen, die in den 60er, 70er Jahren entstanden und die Herausbildung neuer sozialer Bewegungen (Bürgerrechts-, Friedens-, Anti-Atomkraft- und die ökologische Bewegung in den 80er Jahren. Dennoch unterliegen auch sie in ständigen Auseinandersetzungen mit den vorhandenen Institutionen des politischen Systems dem Sog der Institutionalisierung und Integration und verändern diese damit selbst. D.h. auch sie müssen selbstreflektierend immer wieder ihren eigenen Anspruch zu den gegenwärtigen Herausforderungen ins Verhältnis setzen, auch sie – also nicht nur die Parteien als Teil des politischen und parlamentarischen Systems - sind nicht per se vor politischer Häutung geschützt, wie sie die Partei der Grünen vom radikalen Kritiker zum Stabilisatoren des Systems erfahren hat.¹³

Die Positionen sozialer Bewegungen zum parlamentarischen System reichen von völliger Ablehnung als System erhaltend und stabilisierend bis zur Forderung, parlamentarischer Arm der Bewegung zu sein. Kontrovers diskutiert werden die Möglichkeiten und Gefahren, Chancen und Risiken oder gar die Funktion einer linken Partei im Parlament, eine Diskussion, die in den linken Parteien selbst kontrovers und mit der Hoffnung auf ein gesamtdeutsches linkes, parteipolitisches Projekt mit neuer Dynamik und Heftigkeit geführt wird. Über 200 Einzelpersonen und Gruppen formulierten in einem offenen Brief an die Vertreter der Linkspartei ihre inhaltlichen Erwartungen an dieses neue parteipolitische Projekt, insbesondere zu jenen Themenfeldern, deren Artikulation im Wahlkampf missverständlich oder unterrepräsentiert waren, wie Fragen der Migrationspolitik, des Antirassismus und Antifaschismus. Auf dem Flugblatt der Initiative „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links!“ wird auf den gemeinsamen Kampf gegen Sozial- und Rentenkürzungen, gegen die Hartz-Gesetze verwiesen. Damit werden einerseits unter Berücksichtigung der „unterschiedlichen Realitäten“ in denen soziale Bewegungen und Parteien agieren, gemeinsame Handlungsfelder benannt, deren Aktionsradius mit der Präsenz einer linken Kraft im Bundestag größeres Gewicht erhalten könnte, andererseits werden die Erfahrungen systemstabilisierender Integrationskraft wachgerufen und daraus notwendige Konditionen für ein erfolgreiches Wirken einer linken parlamentarischen Kraft abgeleitet: die linke Fraktion braucht ein „nichtinstrumentelles Verhältnis“ zu den sozialen Bewegungen deren Basis nur Vertrauen sein kann. Dies kann sich nur entwickeln wenn die Parteien für sich selbst programmatisch wie strukturell politische Pluralität konstituierendes Momente begreifen und politikfähig machen und damit anschluss- und bündnisfähig werden für plurale soziale Bewegungen. Dazu gehören kompetente, kontinuierliche und kritische Arbeitskontakte, durch

¹² Sebastian Haunss (2005) Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen. In: Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (Hrsg.) Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen, S. 29f.

¹³ Elmar Altvater (2005). Das ewige Haar in der Suppe. Protest und Parlament. Warum die Linkspartei in den Bundestag gehört und was dabei zu bedenken ist – eine Erwiderung auf Raul Zelik, Wochenzeitschrift Freitag vom 16.09.2005

hochkarätige Angebote einer für soziale Bewegungen und linke Intellektuelle geöffneten Linkspartei¹⁴ und die Verzahnung von Politikfeldern mit den politischen Ansätzen außerparlamentarischer Kräfte. Dass dies nicht widerspruchsfrei sein wird, zeigt bereits jetzt die Debatte um bedingungsloses Grundeinkommen vs. Bedarfsorientierte Grundsicherung. Dass die Linkspartei als Gegengewicht zur parlamentarischen, Systemintegrierenden Kraft starke soziale Bewegungen braucht ist für die parteipolitische Linke selbst unstrittig. Das Problem nur ist, dass gegenwärtig die sozialen Bewegungen in Deutschland einen gewissen Verlust an Dynamik erleiden und sich „ein Gefühl strategischer Orientierungslosigkeit,, abzeichnet, die möglicherweise auf den Abschluss eines Bewegungszyklus verweist.

Ungeachtet dessen, bleibt es eine der wichtigsten Aufgaben der Linkspartei als Teil des parlamentarischen Systems, die politikgestaltenden Räume parlamentarischer Demokratie gegen die Tendenzen ihrer Aushöhlung durch Verlagerung von Entscheidungen in die Exekutive mit der Kraft sozialer Bewegungen zu verteidigen und zu erweitern. Das wird der Linkspartei, als Teil des Systems im Deutschen Bundestag und in Regierungsverantwortung auf Länderebene nur gelingen, wenn sie ebenso wie die sozialen Bewegungen ihr Demokratieverständnis als Lebensform, als beständiger Emanzipationsprozess aufgreift und politikfähig macht und sich selbst dabei immer wieder reflektiert und für gesellschaftliche Bewegungen offen bleibt.

Was Rosa Luxemburg mit Blick auf die Sozialdemokratie sagte, gilt heute wohl mindestens so sehr für das Projekt einer neuen Linkspartei: „Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.“

¹⁴ André Brie (2005). Große Herausforderungen. Sechs Thesen zur Perspektive der Linkspartei: Chancen, offene Fragen, Probleme